

Christian Albrecht

Pressesprecher

Vi.S.d.P.

Nr. 238/2001

Agethorst, Dienstag, 10. Juli 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Wolfgang Kubicki: Geldverdienen ist in Schleswig-Holstein zu teuer

Anlässlich des Dritten Bürgermeistergesprächsabends im Kreis Steinburg in Agethorst sagte der Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Nach 13 Jahren roter Regierung und fünf Jahren grüner Regierungsbeteiligung lässt sich die finanzpolitische Lage Schleswig-Holsteins in einem Wort zusammenfassen: katastrophal.“

Schleswig-Holstein hat die höchsten Schulden pro Einwohner von allen Bundesländern. Im laufenden Haushalt fehlen bis jetzt über 100 Millionen Mark. Für den kommenden Haushalt rechnet man mit einer Deckungslücke von über 600 Millionen Mark. Im Bildungsministerium verschwinden mal eben so 35 Millionen Mark.

Das ist die grausame Wirklichkeit in unserem schönen Land. Das ist das höhnische Geschenk von Heide Simonis an die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins.

Das ist der Kern all unserer Finanzprobleme: die Landesregierung kann nicht mit Geld umgehen. Rot-grün in Kiel hat abgewirtschaftet und steht vor den Trümmern der eigenen Wahnvorstellungen. Und jetzt müssen die Menschen, die Unternehmen und die Gemeinden die Zeche zahlen.

Die Menschen, weil öffentliche Leistungen in den nächsten Jahren erheblich eingeschränkt werden müssen—in allen Bereichen. Die Unternehmen, weil das Land den Standort nur noch auf Sparflamme ausbauen kann. Die Gemeinden, weil die Landesregierung ihnen Geld wegnimmt, um damit die Rechnungen der verfehlten Landespolitik zu begleichen.

Wie heißt es im Fernsehen in den Gerichtsverhandlungen immer so schön: „Das sind die Fakten des Falles, meine Damen und Herren, und daran werden wohlklingende Ausreden nichts ändern.“ Die rot-grüne Landesregierung ist schuldig. Sie hat das Land in die Schuldenfalle getrieben, und die Menschen, die Unternehmen und die Gemeinden müssen die Zeche zahlen.

Dass die Zeche bezahlt werden muss, daran besteht kein Zweifel.

Die Grünen haben auch schon einen Weg gefunden: Hans Eichel soll bezahlen.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

Karl-Martin Hentschel meint: „Wir haben fertig—jetzt muss der eiserne Hans unseren Karren aus dem Dreck ziehen.“ Nach seinen Vorstellungen soll Schleswig-Holstein unter die Zwangsbewirtschaftung des Bundes gestellt werden, so wie Bremen und das Saarland.

Ein offeneres Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit gibt es nicht. Das sollte für alle verbliebenen Zweifler der letzte Beweis dafür sein, dass wir von den Grünen keine sinnvollen Beiträge zur Bewältigung der Krise erwarten können.

Also: bei den Grünen nichts Neues. Sie haben sich schon längst genauso abgewirtschaftet, wie sie unser Land mit abgewirtschaftet haben. Die Grünen sind auf Landes- und Bundesebene eine politisch aussterbende Gattung: Die letzte Amtshandlung eines grünen Ministers wird es wahrscheinlich sein, sich selbst unter Naturschutz zu stellen.

Und was ist mit der großen Koalitionspartei? Die SPD stellt seit 13 Jahren die Regierung. Heide Simonis und ihre Genossen sind die Hauptverantwortlichen der Finanzkatastrophe. Von diesen Leuten die Wende zum Guten zu erwarten, wäre genauso, als warte man darauf, dass die Dinge vom Tisch an die Zimmerdecke und nicht auf den Fußboden fallen.

Seit Jahren verspricht Frau Simonis uns, dass sie den Haushalt konsolidiere, die Nettoneuverschuldung zurückführe und finanzielle Handlungsspielräume schaffe.

Das einzige was sie geschafft hat, sind neue Schulden und neue Probleme! Jedes Jahr wird das Ziel des ausgeglichenen Landeshaushaltes um ein bis zwei Jahre nach hinten geschoben. So sieht es aus.

Mein Fazit lautet: die amtierende rot-grüne Landesregierung wird uns nicht auf den Weg aus der großen Finanzkrise führen. Im Gegenteil: je länger sie weiterwurstelt, desto schlimmer wird es.

Nicht nur die Grünen haben abgewirtschaftet, die Landesregierung auch: Die Regierungen von Heide Simonis haben Schleswig-Holstein an den Rand der Pleite regiert.

Das sind die Fakten im Fall Finanzpolitik gegen Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, und daran wird keine wohlklingende Ausrede der Ministerpräsidentin etwas ändern. In einem privaten Unternehmen wäre die Führung schon lange aus dem Haus gejagt worden, wenn sie so gewirtschaftet hätte wie rot-grün in Kiel.

Deshalb ist der erste Schritt auf dem Weg aus der Finanzkrise ein Führungswechsel in Kiel.

Und zwar ein ordentlicher Führungswechsel, der vom Souverän bestimmt wird. Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins sollen darüber bestimmen, wer den rot-grünen Stall ausmisten soll. Alle anderen Alternativen sind von vornherein unglaubwürdig.

Die neue Führung hätte die schwierige Aufgabe, die rot-grünen Altlasten abzuwickeln. Positiv ausgedrückt, wäre das eine fordernde Aufgabe. Vorsichtig ausgedrückt, wäre das eine schwierige Aufgabe. Der Volksmund würde es eine Drecksarbeit nennen. Realistisch gesehen, wäre es eine fast unmögliche Aufgabe.

Aber eben nur fast, denn es gibt ja noch die FDP: Bei uns wird Unmögliches sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger.

Und damit komme ich zum eigentlichen Ausmisten.

Ich sehe schon, Herr Kayenburg und Herr Arp haben ihre Bleistifte gespitzt, um am Abend vor der Landtagssitzung fleißig mitzuschreiben und endlich die schlagenden Argumente für ihre Reden zu finden. Aber ich muss die beiden Herren etwas enttäuschen.

Ich kann Ihnen heute Abend leider nicht den großen Trick erläutern, mit dem die FDP die Finanzprobleme unseres Landes einfach vom Tisch zaubern könnte. Weder heute, noch morgen noch irgendwann. Denn diesen Trick für die einfache Lösung gibt es nicht.

Der Weg aus der Finanzkrise wird steinig sein und viele Schlaglöcher haben; so wie manche Straße unseres Landes, die rot-grün hat verkommen lassen. Deshalb wird es ja eine Drecksarbeit beziehungsweise eine Herausforderung. Einfache Tricks, das ist das Rezept von Heide Simonis—und Sie sehen ja, wohin das führt: in die Pleite.

Auch genaue Zahlen kann ich Ihnen verständlicherweise nicht präsentieren. Das hat einen einfachen Grund: Es gibt sie nicht. Die Haushaltsführung von rot-grün ist zu verworren oder besser: verwirrt.

Wir alle konnten das hervorragend am 35-Millionen-Loch im Bildungsministerium sehen. Da fehlen auf einmal 35 Millionen Mark. Einfach so. Weg.

Und das hat nichts mit der konjunkturellen Lage zu tun. Oder mit den Lasten der deutschen Einheit. Oder dem Kampf für den Weltfrieden. Nein, die 35 Millionen sind einfach so weg!

Sehen Sie mir nach, dass ich unter diesen Umständen überhaupt kein Vertrauen in das verwirrte Zahlenwerk der Landesregierung habe.

Was würde die kommunale Aufsichtsbehörde wohl machen, wenn etwas Vergleichbares in einer Gemeinde vorkäme? Die Antwort überlasse ich Ihnen als bewährten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Den Gemeinden klaut die Landesregierung jährlich 75 Millionen Mark aus dem kommunalen Finanzausgleich—und jetzt ist schon knapp die Hälfte der 75 Millionen für 2001 im Bildungsministerium verdunstet!

Und was macht Frau Simonis? Weiter so.

Eine arme Seele soll es verbockt haben, so sagte es Frau Simonis in gewohnt lockerem Ton der Öffentlichkeit. Ein Fehler ist passiert. Damit müssen wir leben, sagt sie. Weiter so.

Stimmt—leider müssen wir alle mit diesem Dilettantismus der Landesregierung und seinen Folgen leben. Aber weiter kann und darf es so nicht gehen.

Was ist zu tun?

Drei Dinge braucht Schleswig-Holstein zusätzlich zum Regierungswechsel, um aus der Finanzkrise zu kommen: Erstens müssen wir die Finanzkraft des Landes und der Gemeinden zunächst stabilisieren und dann stärken. Zweitens müssen wir die vorhandenen Mittel besser einsetzen—dort wo sie den höchsten Nutzen für das Land bringen. Drittens müssen wir die Übereinstimmung von Aufgaben und finanzieller Ausstattung im Verhältnis von Land und Gemeinden wieder herstellen.

Zur Finanzkraft: Seit Jahren sinkt die Finanzkraft des Landes. Der Finanzminister ist mir bis jetzt die Antwort schuldig geblieben auf die Frage nach den Gründen. Meine eigene Antwort lautet: Geldverdienen ist in Schleswig-Holstein zu teuer.

Die Finanzkraft des Landes beruht auf den Steuereinnahmen. Die Steuereinnahmen beruhen auf dem wirtschaftlichen Erfolg der Menschen und Unternehmen. Folglich gilt: Je einfacher wir es den Menschen und Unternehmen machen, erst Geld zu verdienen und dann auszugeben, desto höher ist die Finanzkraft des Landes.

Gleichzeitig gilt aber auch: jede Mark, die das Land den Menschen und Unternehmen wegnimmt, um staatliche Leistungen zu finanzieren, können die Menschen und Unternehmen nicht ausgeben: nicht für den Verbrauch und nicht für Investitionen.

Und jede gesetzliche Vorschrift, die es den Menschen erschwert, Geld zu verdienen, schwächt die Finanzkraft der Menschen und Unternehmen und folglich die Finanzkraft des Landes.

Deshalb müssen wir den Vorschriftendschungel des Landes roden. Alle Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Landes müssen auf den Prüfstand. Die FDP hat hierzu letztes Jahr einen Gesetzentwurf zur Standardöffnung eingebracht und gefordert, überflüssige Regulierungen zu streichen.

Unser Ziel ist es, Ihren Gemeinden, meine Damen und Herren, mehr Freiheit zu geben. Denn Sie wissen am besten, was sich in Ihren Gemeinden verwirklichen lässt und was nicht. Denn Sie wissen am besten, was die Menschen in Ihren Gemeinden wollen und was nicht. Und Sie haben ein viel größeres Interesse daran, dass es gerade Ihrer Gemeinde gut geht, als ein Verwaltungsbeamter im Ministerium.

Was hat rot-grün aus unserem Antrag gemacht? 1100 Vorschriften des Landes hat die Landesregierung geprüft; 26 hat als streichenswert eingestuft: 2%.

In Hessen hat die Landesregierung in diesem Jahr das Gleiche gemacht: Dort wurden 3500 Vorschriften gestrichen: 15% der Rechtsvorschriften und 39% Landesverordnungen.

Jetzt wissen wir, warum Hessen Geberland im Länderfinanzausgleich ist und Schleswig-Holstein Empfängerland.

Es gab eine 27. Vorschrift des Landes, deren Lockerung heftig diskutiert wurde: Es ging um die Gruppengröße in Kindergärten. Ein hervorragendes Beispiel, um zu zeigen, was die Landesregierung von der Qualität Ihrer Arbeit hält, meine Damen und Herren.

Rot-grün hat die Größe der Kindergartengruppen zur Existenzfrage des Abendlandes hochstilisiert. Man könne diese wichtige Frage um Himmels willen nicht den Kommunen überlassen. Was will uns die Regierungskoalition damit sagen?

Erstens: Nur die Landesregierung hat genügend Intelligenz, um hier die richtige Entscheidung zu treffen. Zweitens: Kommunalpolitiker, eventuell noch ehrenamtliche Kommunalpolitiker—Sie, meine Damen und Herren, Sie würden die Gegenwart und die Zukunft der Kinder mit Füßen treten —im Zweifel die Zukunft Ihrer eigenen Kinder.

Hier atmet der Geist des alten sozialistischen Grundreflexes, den siebzig Jahre Niedergang des real existierenden Sozialismus nicht haben ausrotten können: Nur der Staat, personifiziert in den Regierenden, weiß angeblich wirklich, was gut für die Menschen ist, deshalb muss der Staat die Menschen am engen Zügel führen.

Ich glaube das nicht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie ein viel größeres Interesse an der Gegenwart und der Zukunft der Kinder in Ihrer Gemeinde haben, als rot-grün in Kiel. Und ich bin fest davon überzeugt, dass Sie in Ihren Gemeinden die richtigen Entscheidungen treffen.

Deshalb steht die FDP und stehe ich weiterhin dafür ein, die landesrechtlichen Bestimmungen über die Gruppengröße in Kindergärten aufgehoben werden. Und nicht nur diese, sondern viele weitere noch dazu.

Rot-grün redet vom Subsidiaritätsprinzip; wir, die FDP, handeln, um es zu verwirklichen.

Zwischenfazit: Wir müssen den Menschen und den Unternehmen mehr Freiheit geben, damit sie ihre eigenen Wünsche besser verwirklichen können. Dann wird das Geldverdienen preiswerter, die Wirtschaftskraft steigt und damit die Finanzkraft des Landes und der Gemeinden.

Zur Verwendung der finanziellen Mittel des Landes: Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass das Geld nutzbringend verwendet wird, das sie dem Staat geben. Und da es mehr nützliche Dinge gibt, als man finanzieren kann, haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht darauf, dass die Politik staatliche Gelder für die Dinge ausgibt, die den größten Nutzen versprechen.

Diese grundsätzliche Forderung wird in Schleswig-Holstein nicht erfüllt: Rot-grün gibt zwar viel Geld aus—mehr als wir uns leisten können—aber nicht für die richtigen Projekte.

Unter dem Motto „Zukunft im eigenen Land“ ist rot-grün in den Landtagswahlkampf gezogen. Und was kommt dabei heraus: rot-grün verspielt die Zukunft Schleswig-Holsteins. Die Landesregierung verschwendet das Vermögen des Landes, um zweifelhafte Ausgaben zu finanzieren.

Bei vorsichtigen Schätzungen wurden bei dem Verkauf der Preussag-Wohnungen 800 Millionen Mark verschenkt, bei der Umwandlung der Provinzial 1,2 Milliarden, bei der LEG noch einmal 800 Millionen.

2,8 Milliarden Mark, eine Zahl, die man sich kaum vorstellen kann. Ein Betrag, auf den die Menschen in Schleswig-Holstein verzichten müssen, weil die Landesregierung stümperhafte Kaufverträge abschließt.

Einerseits verkündet die Ministerpräsidentin, dass jetzt endlich richtig gespart werden müsse und dass auch Eingriffe in die Leistungsgesetze nicht mehr tabu sind—andererseits verzichtet das Land auf 2,8 Milliarden Mark Einnahmen. Und diese Schizophrenie will uns Frau Simonis als nachhaltige Finanzpolitik verkaufen!

Ich sagte es schon: In einem privaten Unternehmen wäre die Landesregierung schon lange gefeuert worden. Diese verwirrte Politik ist es, die Schleswig-Holstein an den Rand des Ruins treibt.

Zu diesem strukturellen Problem kommt die schlechte Konjunktur. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich, das belastet die öffentlichen Haushalte zusätzlich.

Wir müssen beide Probleme lösen, um aus der Finanzkrise herauszukommen. Hierzu sieht die FDP grundsätzlich nur einen Weg: Wir müssen verhindern, dass die Ausgaben des Landes weiter über Gebühr wachsen und wir müssen die vorhandenen Mittel sinnvoller ausgeben.

Was heißt „sinnvoller ausgeben“? Ein Vergleich zu einem privaten Unternehmen möge dies verdeutlichen: In einem erfolgreichen Unternehmen wird auf zwei Dinge geachtet: den Umsatz und die Kosten. Die Differenz ist der Gewinn. Gerät eine der beiden Größen außer Kontrolle, brechen die Gewinne ein, das Unternehmen gerät auf die schiefe Bahn und geht im Zweifelsfall pleite.

Kostenkontrolle bedeutet für das Land, dass die Ausgaben sich langfristig an den vorhandenen Einnahmen orientieren müssen. Aber Kostenkontrolle allein reicht nicht aus.

Bei den Wirtschaftsprüfern heißt es immer: „Zweimal geht der Controller durchs Unternehmen, beim dritten Mal ist es der Konkursverwalter.“ Wer nur auf seine Kosten starrt und den Umsatz vergisst, geht pleite.

Umsatz macht man, wenn man Güter und Dienstleistungen anbietet, die den Kunden gefallen. Denn dann kaufen die Kunden. Übertragen auf das Land heißt das, die Ausgaben des Landes müssen einen Ertrag für die Bürgerinnen und Bürger des Landes bieten.

Deshalb schlägt die FDP vor, dass die Investitionen für Bildung und Infrastruktur zu Lasten laufender Ausgaben gestärkt werden. In diesen Bereichen kann das Land die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum entscheidend stärken.

Die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen sind unser größtes Kapital, und Bildung ist die Grundlage für dieses Humankapital. Alle international vergleichenden Untersuchungen beweisen es: mittel- und langfristig sind Bildungsausgaben der entscheidende Wachstumsmotor. Gleichzeitig ist Bildung ureigene politische Aufgabe der Länder. Hier müssen wir einen Schwerpunkt setzen.

Auch gut ausgebaute Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Der regionale, nationale und internationale Handel wächst stetig schneller als die jeweilige Wirtschaftsleistung. Und Handel beruht auf guter Infrastruktur. Unternehmen wandern an die Standorte, die gute Verbindungen zu Faktor- und Absatzmärkten haben.

Deshalb brauchen wir stärkere Investitionen in unsere Verkehrswege und eine politische Führung, die auch hinter diesen Investitionen steht. Nicht so wie die Grünen: Deren Landtagsabgeordnete Heinold hat den Koalitionsvertrag unterschrieben, wonach die A 20 eines der Schwerpunkte rot-grüner Verkehrspolitik sein soll.

Jetzt läuft Frau Heinold durchs Land, um die A 20 zu verhindern. Mit solchen Signalen lockt man keine Investoren nach Schleswig-Holstein. So macht man keinen Umsatz.

Wir müssen die Ausgaben des Landes konsequent zu den Investitionen umschichten. Bildung und Infrastruktur, in diesen Bereichen entscheiden sich die Zukunftschancen von Regionen. Und wir müssen klotzen, kleckern reicht nicht.

Ein entsprechendes Investitionsprogramm des Landes würde auch das konjunkturelle Problem entschärfen. Gerade die dramatische Entwicklung der Bauindustrie ist ein Hauptgrund für die konjunkturelle Schwäche. Verstärkte Investitionen in Infrastruktur und Bildungseinrichtungen brächte dieser Branche, der Zulieferindustrie und dem Handwerk dringend benötigte Aufträge.

Hierzu müssen wir selbstverständlich an anderer Stelle streichen. Streichen ist immer schmerzhaft. Besonders schmerzhaft, wenn im sozialen Bereich gestrichen werden muss. Und wir werden im sozialen Bereich streichen müssen, denn das ist neben Bildung der größte Ausgabenbereich. Aber soziale Wohltaten kann man nun einmal nur verteilen, wenn man auch das Geld dafür hat.

Auch bei den anderen Förderprogrammen werden wir streichen müssen und zwar immer dort, wo keine Investitionen betroffen sind.

Zwischenfazit: Bei den strukturellen Problemen Schleswig-Holsteins müssen wir zunächst einmal dafür sorgen, dass Umsatz gemacht wird, bevor die Gewinne verteilt werden können. Jahrelang hat die Regierung den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen und rot-grünen Murks abgeliefert.

Um den rot-grünen Stall auszumisten, müssen wir jetzt den Gürtel enger schnallen, damit wir später die Erträge genießen können.

Die FDP steht deshalb für eine strategische Umsteuerung der Ausgaben zugunsten von Investitionen für Bildung und Infrastruktur.

Ich komme zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden. Bei beiden ist die finanzielle Situation angespannt. Aber unsere Gemeinden haben ein zusätzliches Problem:

Die Landesregierung nimmt ihnen dringend benötigtes Geld weg, um die eigenen Probleme zu kaschieren.

Zwei Beispiele verdeutlichen diese verfehlte Strategie:

Der Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich und die Belastung des Kommunalen Investitionsfonds durch das Schulbauprogramm.

Die Regierungskoalition hat beschlossen, den Kommunalen Finanzausgleich jährlich um 75 Millionen DM zu kürzen, um selbstverschuldete Haushaltslöcher des Landes zu stopfen. So stellen sich Frau Simonis und ihre rot-grünen Genossen die Stärkung der Regionen vor.

Auf Landesebene werden Programme mit wohlklingenden Namen wie „ziel“ und „zal“ angeschoben, um die Regionen zu fördern. Das Geld für „ziel“ und „zal“ kommt teilweise von der Europäischen Union und vom Bund, den Rest muss das Land zuschießen. Und woher nimmt die Landesregierung dieses Geld: von den Gemeinden!

Und so verdunsten bei „ziel“ und „zal“ die Kommunalfinanzen mit „zack“ und „knall“. Gleichzeitig schiebt die Landesregierung eine Reform des Kommunalen Finanzausgleiches immer schön vor sich her. Der derzeitige Finanzausgleich hat die gleichen Probleme wie der Länderfinanzausgleich: Finanziell erfolgreichen Kommunen wird so viel Geld weggenommen, dass es sich nicht lohnt, erfolgreich zu sein.

Finanziell weniger erfolgreiche Kommunen bekommen so viel Geld, dass es sich nicht lohnt, größere Anstrengungen zu unternehmen, um selbst erfolgreich zu werden.

Um die Fehlsteuerung abzubauen, muss der Kommunale Finanzausgleich grundlegend reformiert werden. Und hierzu hat die rot-grüne Landesregierung nicht den Mut.

Frau Simonis schwebt hier wohl eine ähnliche Lösung wie auf Bundesebene vor: Damit niemand zunächst auch nur ansatzweise schlechter gestellt werden muss, sucht sie einen Dritten, den sie schröpfen kann. Beim Länderfinanzausgleich war dieser Dritte der Bund beziehungsweise die Steuerzahler.

Und hier liegt das Problem von Frau Simonis: beim Kommunalen Finanzausgleich wäre es eigentlich das Land, das geschröpft werden müsste—aber das Land hat Frau Simonis ja schon selbst in den Ruin getrieben. Deshalb also herrscht Sendepause bei der Reform des Kommunalen Finanzausgleiches.

Diese Hinhaltetaktik schwächt die kommunalen Finanzen und damit die Gestaltungsspielräume der Gemeinden—Ihre Gestaltungsspielräume, meine Damen und Herren.

Vorschläge für eine saubere Lösung des Problems liegen auf dem Tisch, zum Beispiel in Form eines Gutachtens von Prof. Kirchhof, das er dem Landtag im April überreicht hat. Aber rot-grün blockiert wie üblich jeden Fortschritt.

Die FDP steht für eine saubere Reform des Kommunalen Finanzausgleiches: Wir brauchen übersichtliche Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden. Wir brauchen Anreize für alle Gemeinden, finanziell erfolgreich zu werden oder zu bleiben. Und wir brauchen vor allen Dingen eine Landesregierung, die ihre klebrigen Finger nicht in die Kassen des Finanzausgleiches steckt.

Mit der FDP wäre der Griff in die kommunalen Kassen nicht passiert. Und er wird auch nicht passieren, wenn wir Verantwortung für die Regierungspolitik übernehmen.

Der Kommunale Investitionsfond steht den Gemeinden zur Finanzierung größerer Investitionsprojekte zur Verfügung. Er trägt sich selbst und ist damit eine leuchtende Ausnahme in den Finanzen des Landes. Deshalb ist er ja auch zur Beute der rot-grünen Geldvernichter geworden.

Das Schulbauprogramm wird jetzt über den Fond finanziert. Das Problem ist allerdings: die Landesregierung macht wieder Politik auf Kosten der Gemeinden.

Erstens steht das Geld, das für das Schulbauprogramm eingesetzt wird, nicht für andere Projekte zur Verfügung. Das ist noch nicht so schlimm, denn diese Investitionen bringen langfristig höhere Erträge als andere Projekte.

Zweitens dient der Eingriff in den Fond nur der Zwischenfinanzierung des Schulbauprogramms: Ab 2005 werden die vergebenen Darlehen aus dem Schulbauprogramm des Landes abgelöst. Bei dem bisherigen Volumen dieses Programms würden ab 2005 kaum noch Landesmittel für den Schulbau zur Verfügung stehen und die Investitionen in diesem Bereich dramatisch einbrechen.

Warum geht das auf Kosten der Gemeinden? Das Geld aus dem Schulbauprogramm kommt sowieso den kommunalen Schulträgern zugute. Die Landesregierung erhöht jetzt die Investitionen auf Kosten zukünftiger Investitionen in den Gemeinden.

Ich habe es vorhin schon angesprochen: Die FDP will die Investitionen im Bildungsbereich erhöhen, aber nicht auf Kosten der Investitionen von morgen, sondern auf Kosten des Verbrauchs von heute.

Es geht nicht an, dass die Landesregierung sich aus ihrer Verantwortung stiehlt und sich aus den Kassen der Gemeinden finanziert. Die zusätzlichen Bildungsinvestitionen müssen aus dem Haushalt des Landes erwirtschaftet werden. Deshalb schlagen wir vor, zusätzliche Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unseres Landes aus Kürzungen der laufenden Ausgaben zu finanzieren.

Das sind meine Vorschläge für den Weg aus der großen Finanzkrise Schleswig-Holsteins: Erstens: Weg mit rot-grün, denn wir dürfen den Bock nicht zum Gärtner machen.

Zweitens: Mehr Freiheit für die Menschen, dann steigt die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins und damit die Finanzkraft des Landes.

Drittens: Mehr Geld des Landes in die Bildung und die Infrastruktur, denn in diesen Bereichen entscheiden sich die Zukunftschancen der Menschen und des Standortes.

Viertens: Größere Freiräume und sichere Finanzierungsquellen für die Gemeinden, denn vor Ort wissen die Menschen am besten, was vor Ort gut ist.

Auf diese Steine liberaler Politik in Schleswig-Holstein können Sie bauen, meine Damen und Herren—solange wir in der Opposition sind und erst recht, wenn wir auf der Regierungsbank sitzen.“